

**3427/AB XXII. GP****Eingelangt am 28.11.2005****Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur

# Anfragebeantwortung

DAS ZUKUNFTSMINISTERIUM



Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol  
Parlament

GZ 10.000/0145-III/4a/2005

1017 Wien

Wien, 27. November 2005

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3492/J-NR/2005 betreffend Überschreitung der Klassenschüler/innenhöchstzahl am GRG 3 Hagenmüllergasse, die die Abgeordneten Dieter Brosz, Kolleginnen und Kollegen am 29. September 2005 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

**Ad 1. bis 5.:**

Laut den Angaben des Stadtschulrates für Wien wurde im Schuljahr 2004/05 im Stadtschulrat und am GRG 3 Hagenmüllergasse von einer Zahl von 64 Schüler/innen und drei Klassen in der 10. Schulstufe ausgegangen. Auf Grund verschiedener Umstände (Austritte, Repetenten) waren jedoch zu Schulbeginn im Herbst 2005 nur mehr 54 Schüler/innen in den 6. Klassen vorhanden. Eine Weiterführung von drei Klassen hätte damit zur Folge gehabt, dass in dieser und den folgenden Schulstufen die durchschnittliche Schüler/innenzahl je Klasse unter 20 gelegen wäre.

Bei einer Weiterführung von drei Klassen wäre es mit höchster Wahrscheinlichkeit im kommenden Schuljahr zu einer Zusammenlegung auf zwei Klassen gekommen. Im Hinblick auf eine effektive Vorbereitung auf die Reifeprüfung wurde diese Variante vom Stadtschulrat für Wien als wenig sinnvolle Option betrachtet.

Der Grund für die Bildung einer Klasse mit über 30 Schüler/innen liegt in der Typenteilung der ehemaligen 5. Klassen. Diese drei Klassen bestanden aus einem Realgymnasium, einem Gymnasium mit fremdsprachlichem Schwerpunkt und einem „reinen“ Gymnasium. Es war daher nahe liegend, „typenreine“ (keine schulformendifferenzierten) Klassen anzustreben, wodurch die

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

beiden Gymnasiumsklassen zusammengefasst wurden, was für die Schüler/innen und für die Unterrichtsabwicklung die günstigste Variante darstellt.

Abschließend ist festzustellen, dass alle Schritte zwischen dem Stadtschulrat für Wien und der Schule im Konsens erarbeitet wurden und laut Mitteilung des Stadtschulrates eine für alle Beteiligten zufrieden stellende Lösung gefunden wurde.

Die Bundesministerin:

Elisabeth Gehrer eh.